

Gemeinsam gegen Grenzschliessung

Debatte um Corona-Folgen Ein trinationaler «Bürgerdialog» wehrt sich gegen eine neue Schliessung der Grenzen im Dreiländereck. Verlangt wird, dass der Eurodistrict Basel als eine einzige Region anerkannt wird.

Organisiert hatte den «Bürgerdialog» am Montagabend das Staatsministerium Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Trinationalen Eurodistrict Basel, der Regio Basiliensis und der Bertelsmann-Stiftung. Gefordert wurde im Nachgang zum Corona-Lockdown, dass bei der zweiten und dritten Corona-Welle auf eine Grenzschliessung verzichtet wird. Diese schade der Bevölkerung in mehrfacher Hinsicht.

Neben politischen Vertreterinnen und Vertretern aus Baden, der Nordwestschweiz und dem Elsass nahmen 60 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger am Dialog teil. Die baden-württembergische Regierung wurde von Gisela Erler vertreten, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in der Regierung von Winfried Kretschmann. Am deutlichsten äusserte sich die Lörracher Landrätin Marion Dammann, Präsidentin des Eurodistricts: «Die Grenzschliessung hat die trinationale Region Basel gefährdet.»

Schaden angerichtet

Die negativen Auswirkungen der in Berlin, Bern und Paris gefällten Entscheidungen hätten sowohl der Gesundheitsversorgung als auch dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben der Region Schaden zugefügt, waren sich die Teilnehmer der virtuell



Das soll es nie mehr geben: Geschlossene Grenze bei Allschwil im April 2020. Foto: Kostas Maros

durchgeführten Konferenz einig. Nötig gewesen wäre eine solidarische Haltung und nicht eine egoistische, lautete der Vorwurf an die Adresse der nationalen Regierungen. Mike Keller, Schweizer Vizepräsident im Eurodistrict und Binninger Gemeindepräsident, bilanzierte, dass die nationalen Regierungen nicht darauf geachtet hätten, was für eine Grenzregion wichtig sei.

Vertreten wurde von Teilnehmern des Dialogs die Meinung, offene Grenzen hätten den

gesundheitlichen Notstand namentlich im Elsass verringert. Vermieden worden wären damit auch die erzwungenen Trennungen von Familien und die Erschwernis der von den Grenzgängern geleisteten beruflichen Arbeit. Dazu gekommen seien Massnahmen gegen Covid-Erkrankungen, die überhaupt nicht koordiniert waren. «Wir wurden nicht einmal orientiert, was jenseits der Grenze geschah», empörte sich eine Teilnehmerin.

Konkret forderten die Teilnehmer, dass sich bei weiteren Corona-Wellen die Spitäler über die Grenzen hinweg vernetzen. Die Regierenden müssten merken, dass es sinnvoll sei, Gesundheitspersonal auszutauschen. Vorgeschlagen wurde, dass im Eurodistrict Basel ein trinationaler Helferpool eingerichtet wird. Ideal wäre auch, wenn sich Deutschland, Frankreich und die Schweiz auf einheitliche Regeln zur Bewältigung der Pandemie einigen. Staatsrätin Erler verwies aller-

dings auf die Schwierigkeiten, die nur schon die deutschen Bundesländer hätten, sich auf gemeinsame Regeln zu verständigen.

Für trinationale Plattform

Kritisiert wurden auch die unübersichtlichen Quarantänelisten und -bestimmungen der drei Länder. Vorgeschlagen wurde, nur schon eine trinationale Plattform einzurichten, auf der sich die Bürger der Region über die Massnahmen jenseits der Grenze informieren könnten.

Thomas Zeller, Vizepräsident des Eurodistricts, versicherte, dass die Parlamentarier der Region ähnliche Forderungen vertreten würden. Ein grosses Problem sei allerdings, dass in den drei Ländern die Kompetenzen verschieden verteilt seien. In Frankreich insbesondere entscheide in den meisten Fällen die Regierung in Paris. Es müsse jedoch gelingen, gegen aussen verständlich zu machen, dass die grenzüberschreitende Region für wirtschaftliche Attraktivität und hohe Lebensqualität Sorge.

Die Umfragen bei den am Dialog Beteiligten ergaben deutliche Resultate. 63 Prozent erklärten, sie seien von den Grenzschliessungen betroffen gewesen. 83 Prozent erklärten, sie fühlten sich mit der trinationalen Region verbunden.

Thomas Dähler